

28. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12. November 1952

571/J

A n f r a g e

der Abg. K r i p p n e r, H a u n s c h m i d t, B r u n n e r,  
L a k o w i t s c h und Genossen  
an den Bundesminister für Inneres,  
betreffend die Befürwortung von Importgeschäften durch die  
Sektion Volksernährung des Bundesministeriums für Inneres.

-.-.-

Unter dem Titel "Hunderttausend Schilling für gar nichts" bringt die "Arbeiter-Zeitung" vom 1.11.1952 einen Artikel, der sich mit einem Import von 60 Tonnen Haselnüssen im Betrage von 1 1/2 Millionen Schilling nach Österreich befasst und bei dem der Importeur und ein nicht genannter Grosshändler angeblich hunderttausende Schilling für keinerlei Arbeitsleistung verdient haben.

In diesem Zusammenhang wird weiter eine Pauschalverdächtigung gegen den gesamten Importhandel ausgesprochen mit den Worten "wie sie heute im österreichischen Aussen- und Grosshandel leider oft anzutreffen sind".

Es ist richtig, dass dieser Import mit Devisen im Gegenwert von 1 1/2 Millionen Schilling an eine in Fachkreisen gänzlich unbekannt, neugegründete Firma, die in einem Kabinett eines Gemeindebaues in Simmering etabliert ist, vergeben wurde. Dieser Mann hatte selbstverständlich nie die Möglichkeit, die Ware zu übernehmen, noch, sie zu finanzieren. Bei der Abwicklung des Geschäftes bediente er sich des in dem Artikel nicht genannten Grosshändlers Moses Aaron Ehrlich, des Präsidenten der Zentralvereinigung jüdischer Kaufleute und Handelsagenten. Dieses Geschäft wäre nie ermöglicht worden, wenn nicht das Bundesministerium für Inneres, Sektion Volksernährung, dieses ausdrücklich befürwortet und der Bewilligung zugestimmt hätte.

Es wirkt daher umso verwunderlicher, wenn ausgerechnet die dem Herrn Innenminister nahestehende "Arbeiter-Zeitung" den geschilderten Vorfall aufgreift, um ihn zu einem gänzlich ungerechtfertigten Pauschalangriff auf den österreichischen Importhandel zu benutzen, ganz abgesehen davon, dass durch derartige Importgeschäfte nicht nur die österreichische Wirtschaft, sondern vor allem auch der Konsument schwerstens geschädigt wird.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

Ist der Bundesminister für Inneres bereit, alles in seinem Machtbereich Liegende zu unternehmen, um eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle zu verhindern?

-.-.-.-